



Beschlussvorlage

Tagesordnungspunkt:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN auf Mitgliedschaft der Gemeinde Marienheide im "Netzwerk gegen Rechts"

Beratungsfolge:	Sitzungstermin	Abstimmungsergebnis		
		einst.	Enth.	Gegen.
Rat	30.09.2014			

Finanzielle Auswirkungen:		<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> Nein
Einnahmen		Ausgaben	
Finanzplan		Ergebnisplan	
Kostenstelle		Produkt	

Sachverhalt:

Die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN hat den Antrag auf Mitgliedschaft der Gemeinde Marienheide im „Netzwerk gegen Rechts“ gestellt.

Das „Netzwerk gegen Rechts“ im Oberbergischen Kreis wurde zum Jahr 2012 gegründet. Dem Netzwerk, das derzeit 41 Mitglieder zählt, gehören verschiedene Institutionen und Organisationen wie Vereine, Religionsgemeinschaften, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Schulen und Kommunen des Oberbergischen Kreises sowie der Oberbergische Kreis selbst an. Von den 13 Kreiskommunen sind 10 Kommunen bereits Mitglied. Die PariSozial Bergisches Land gGmbH ist Träger der Koordinierungsstelle dieses Netzwerks.

Vordringliche Aufgabe des Netzwerks ist es, Jugendliche und junge Erwachsene davor zu schützen, sich von rechten Gruppierungen in den Bann ziehen zu lassen. Die Mitglieder des Netzwerks erarbeiten Strategien der Aufklärung, um Absichten und Vorgehensweisen rechtsextremistischer Gruppierungen erkennbar zu machen und diesen entgegen treten zu können. Weitere Aufgaben des „Netzwerk gegen Rechts“ sind dem beil. Grundsatzpapier zu entnehmen.

Die durch den Oberbergischen Kreis finanzierte Arbeit wird fachlich begleitet durch die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln“, einem Projekt der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln (ibs).

Die Gemeinde Marienheide könne bei einem Beitritt zum „Netzwerk gegen Rechts“ Teil dieser Organisation zur Arbeit gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung werden. Der Beitritt zum „Netzwerk gegen Rechts“ ist kostenfrei.

Voraussetzung für die Mitgliedschaft ist allerdings, dass eine komplette Haushaltsneutralität erreicht wird, also auch keine Personalaufwendungen gebunden werden. Frau Zander-Wörner hat im Rahmen der Antragstellung ihre Bereitschaft erklärt, als Kontaktperson der Gemeinde Marienheide zum „Netzwerk gegen Rechts“ zu fungieren.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Marienheide tritt dem „Netzwerk gegen Rechts“ im Oberbergischen Kreis bei. Frau Zander-Wörner wird als Kontaktperson der Gemeinde Marienheide zum „Netzwerk gegen Rechts“ fungieren.

Anlagen:

- Antrag von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 05.08.2014
- Grundsatzpapier „Netzwerk gegen Rechts“

Stefan Meisenberg

Marienheide, 11.09.2014